

Antrag W01: Errichtung einer staatlichen Wirtschaftsauskunftei

Antragsteller*in:	UB-Vorsitz Jusos Darmstadt-Dieburg (Unterbezirk Darmstadt-Dieburg · Nr. DADI-1)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschaftspolitik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

- 1 Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos, Jusos Hessen Landeskongress, SPD Hessen
- 2 Süd Bezirksparteitag, SPD Hessen Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
- 3 **Die Bezirkskonferenz möge beschließen:**
- 4 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Errichtung einer staatlichen
- 5 Wirtschaftsauskunftei einsetzen. Diese soll es Unternehmern ermöglichen, die Bonität
- 6 eines Vertragspartners abzuschätzen, gleichermaßen aber auch bei Verträgen zwischen
- 7 zwei Verbrauchern die Möglichkeit eröffnen, die Solvenz des Schuldners abzuschätzen.
- 8 Die Auskunftei soll dem Deutschen Bundestag rechenschaftspflichtig sein und ein
- 9 Höchstmaß an Datenschutz und Transparenz garantieren. Die Auskunft soll für
- 10 Unternehmen und Verbraucher kostenlos sein.

Begründung

Ob beim Kauf einer Immobilie, der Gründung eines Unternehmens oder dem Kauf eines teuren Produktes per Rechnung: die Aufnahme von Darlehen oder die Inanspruchnahme sog. „buy now, pay later“ Konzepten sind hierbei omnipräsent. Unternehmen haben dabei regelmäßig das berechnete Interesse, die Bonität und Kreditwürdigkeit des Vertragspartners abzuschätzen, um so Zahlungsausfälle zu minimieren. In Deutschland ist die „SCHUFA Holding AG“, eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei, in diesem Segment in Deutschland marktführend. Die Schufa erhält Daten von Banken und anderen Vertragspartnern, die mit Einwilligung der betroffenen Person (z.B. bei Eröffnung eines Girokontos) an diese übermittelt werden. Darüber hinaus verarbeitet die Schufa ebenfalls öffentlich zugängliche Quellen wie Schuldnerverzeichnisse. Diese Daten nutzt die Schufa, um ein Scoring über die betroffene Person zu berechnen. In diese Berechnung wurden in der Vergangenheit sogar Daten aus sozialen Medien wie Facebook einbezogen. Bis heute wird in einigen Fällen sogar das sog. Geoscoring angewendet, welches die Solvenz anhand des Wohnortes abschätzt. Das genaue Berechnungsverfahren ist der Öffentlichkeit nicht bekannt – Betriebsgeheimnis der Schufa.

Somit ergibt sich, dass durch intransparente und teils fragwürdige Methoden die Bonität der Menschen in Deutschland abgeschätzt wird und ein (möglicherweise sogar unberechtigtes) schlechtes Scoring den Zugang zu wesentlichen Gütern und Verträgen unserer Gesellschaft faktisch verwehrt wird. Solche Scoringverfahren sollten sich an Grundrechten orientieren müssen, ein hohes Maß an Transparenz hinsichtlich der Datenerhebung und Berechnung haben und dürfen somit nicht der Privatwirtschaft überlassen werden. Daher wird in diesem Antrag gefordert, eine

staatliche Wirtschaftsauskunftei zu errichten. Durch eine Rechenschaftspflicht an den Deutschen Bundestag wird eine gemeinwohlorientierte, transparente und faire Bewertung der Bürger*innen gewährleistet, zudem ist eine Bindung an das Grundgesetz gewährleistet. Zur schnellen Marktdurchdringung soll diese kostenlose Bonitätsauskünfte, bei Einwilligung der betroffenen Person, geben.